

87.226

**Parlamentarische Initiative
(Schönenberger)**
**Bundesgesetz gegen den unlauteren
Wettbewerb.**
Teilrevision
**Initiative parlementaire
(Schönenberger)**
Loi fédérale contre la concurrence déloyale.
Révision

Bericht und Gesetzentwurf der Kommission vom 19. Februar 1988 (BBI II, 629)
 Rapport et projet de loi de la commission du 19 février 1988 (FF II, 617)
 Stellungnahme des Bundesrates vom 7. März 1988 (BBI II, 638)
 Avis du Conseil fédéral du 7 mars 1988 (FF II, 626)
 Beschluss des Ständerates vom 15. März 1988
 Décision du Conseil des Etats du 15 mars 1988

Herr **Ledergerber** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Am 17. Juni 1987 reichte Herr Ständerat Schönenberger eine parlamentarische Initiative zur Änderung des von den eidgenössischen Räten am 19. Dezember 1986 verabschiedeten Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) ein. Mit dieser Änderung des in der Zwischenzeit in Kraft getretenen Gesetzes sollen die Kleinkredite bzw. Kleinkreditverträge von den speziellen Lauterkeitsrechtlichen Bestimmungen des UWG ausgenommen werden. Der Initiator macht geltend, dass mit der Ablehnung des Konsumkreditgesetzes (KKG) vom 4. Dezember 1986 auch die im Zusammenhang mit diesem Gesetz ausgearbeiteten Bestimmungen des UWG hinfällig seien.
 2. Der Ständerat beschloss am 8. Oktober 1987, der Initiative Folge zu geben, und stimmte am 15. März 1988 der vorgeschlagenen Gesetzesänderung zu. Dabei liess sich die Mehrheit des Ständerates von rechtlichen Überlegungen leiten. Der Begriff «Kleinkredit» sei nach der Ablehnung des Konsumkreditgesetzes nicht mehr definiert. Man dürfe die Interpretation dieses Begriffes nicht den Gerichten überlassen. Im Sinne einer sauberen Gesetzgebung seien die Kleinkredite bzw. Kleinkreditverträge aus dem UWG zu streichen. Eine Minderheit des Ständerates lehnte diese Initiative ab, und zwar aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. Nicht nur zum Schutze des Kleinkreditnehmers, sondern vor allem auch der Konkurrenten auf dem Markt müsse auch das Kleinkreditwesen ausdrücklich den Lauterkeitsrechtlichen Bestimmungen des UWG unterstellt bleiben – aufgrund der Generalklausel dieses Gesetzes (Art. 2) sind sie dies ohnehin.

3. Die Kommission des Nationalrates hat die Initiative an ihrer Sitzung vom 7. September 1988 beraten. Grossmehrheitlich teilte die Kommission die Meinung der Minderheit des Ständerates. Sie stimmte deshalb einem Antrag auf Nichteintreten oppositionslos zu. Angesichts sozialer Probleme im Zusammenhang mit dem Kleinkreditmarkt und mit Blick auf den internationalen Markt ist es wichtig, die Generalklausel des UWG mit zusätzlichen Leitplanken für die Lauterkeit in Werbung und Wettbewerb zu versehen und damit dem Richter eine konkrete Auslegungshilfe zu bieten. Eine nachträgliche Streichung, wie sie der Ständerat beschlossen hat, müsste als eine gewollte Gesetzeslücke interpretiert werden. Die Kommission war schliesslich der Ansicht, dass an dem, wenn auch minimalen, Schutz des Kleinkreditnehmers festgehalten werden muss.
 Eine längere Diskussion ergab sich in der Kommission über die Tragweite der von der Initiative betroffenen Bestimmungen, insbesondere von Artikel 3 Buchstabe I und Artikel 4

Buchstabe d. Sie verlangte dazu von der Verwaltung eine schriftliche Erläuterung. Ein entsprechender Bericht wurde am 14. September 1988 erstattet. Er enthält folgende Ausführungen:

31. Artikel 3 Buchstabe I UWG
 Die Bestimmung legt fest, welche Anforderungen an eine lautere und transparente Werbung für Kleinkreditgeschäfte zu stellen sind. Vor allem will sie verschleierte Werbung mit unklaren Angaben über die Kreditbedingungen und Kreditkosten verhindern. Allgemeine Anpreisungen und vage Slogans, die geeignet sind, Kunden irrezuführen, sollen unterbunden werden. Die Pflicht, die Kreditkosten in öffentlichen Auskündigungen (Inserate, Plakate, Streuprospekte, Fernsehreklame usw.) aufzuführen, bedeutet allerdings nicht, die gesamte Kleinkreditpalette, die angeboten wird, in der Werbung mit Zins, Laufzeit, rückzahlbaren Kreditkosten anzugeben. Es genügt, wenn mit beispielhafter Angabe geworben wird, d. h. wenn das Angebot eines Kleinkredites exemplarisch mit den entsprechenden Angaben versehen ist. Der Interessent soll ohne eigenen rechnerischen Aufwand ermessen können, um wieviel sich das beabsichtigte Geschäft durch die Kreditierung verteuert.

Diese Interpretation liegt im übrigen auch Artikel 3 Buchstabe k UWG zugrunde, der die analoge Regelung für Abzahlungsgeschäfte enthält.

32. Artikel 3 Buchstabe m UWG
 Gemäss dieser Bestimmung dürfen Vertragsformulare für Abzahlungs-, Vorauszahlungs- oder Kleinkreditgeschäfte keine unvollständigen oder unrichtigen Angaben enthalten. Dass unrichtige und damit irreführende Angaben in einem Vertragsformular gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstossen, bedarf keiner näheren Erläuterung. «Unvollständige Angaben» bedeutet, dass im Vertragsformular nicht alle wesentlichen Vertragselemente enthalten sind wie Gegenstand des Vertrags, Preis, Zahlungsbedingungen und Vertragsdauer.

In einem Vertragsformular zu einem Abzahlungskauf muss zudem auf das gesetzlich eingeräumte Widerrufsrecht (Art. 226c OR: fünftägige Bedenkfrist), in einem Vertragsformular zu einem Vorauszahlungskauf neben dem Widerrufsrecht auch auf das dem Käufer gesetzlich eingeräumte Kündigungsrecht (Art. 227f OR) hingewiesen werden.

Da für Kleinkreditgeschäfte kein gesetzliches Widerrufsrecht existiert (vgl. Art. 318f des abgelehnten Konsumkreditgesetzes), wird Artikel 3 Buchstabe m UWG bei Kleinkreditverträgen Genüge getan, wenn im entsprechenden Vertragsformular auf diesen Umstand hingewiesen wird (z. B. mit der Angabe «Kein Widerrufsrecht»). Immerhin ist denkbar, dass vertraglich ein Widerrufsrecht vereinbart wird.

33. Artikel 4 Buchstabe d UWG
 Diese Bestimmung ist nichts anderes als ein Anwendungsfall des allgemeinen Grundsatzes, dass unlauter handelt, wer Abnehmer zum Vertragsbruch verleitet, um selber mit ihnen einen Vertrag abschliessen zu können (vgl. Art. 4 Bst. a UWG). Die Abwerbung von Kunden, die vertraglich gebunden sind, gilt auch nach Bundesgericht als Verstoss gegen Treu und Glauben (vgl. noch nicht veröffentlichtes Urteil der I. Zivilabteilung des Schweizerischen Bundesgerichts vom 24. März 1988 i. S. Dior SA gegen Import Parfümerien AG, S. 9). Die rechtmässige Kündigung von Dauerschuldverhältnissen kann jedoch nicht als Vertragsbruch gewertet werden.

Buchstabe d von Artikel 4 UWG konkretisiert somit für Abzahlungs- und Kleinkreditgeschäfte den allgemeinen Grundsatz. Damit soll – wie schon im alten Recht für den Abzahlungskauf (Art. 1 Abs. 2 Bst. k UWG) – verhindert werden, dass das gesetzlich oder vertraglich zum Schutz des Kreditnehmers eingeräumte Widerrufsrecht zu Wettbewerbszwecken missbraucht wird. Veranlasst die Konkurrenz den Kreditnehmer, den Vertrag innerhalb der vereinbarten Frist zu widerrufen, so verleiht sie zum Vertragsbruch. Diese Auffassung wird auch in der Doktrin vertreten (vgl. Lukas David, Schweizerisches Wettbewerbsrecht, 2. A, Bern 1988, S. 113) und lässt sich anhand der Materialien belegen (Botschaft vom 26. Januar 1960 betreffend den Entwurf zu einem Bun-

desgesetz über den Abzahlungs- und Vorauszahlungsvertrag, BBI 1960 I 586f.). Bestätigt wird sie im vorgenannten Bundesgerichtsentscheid (S. 10).

Artikel 4 Buchstabe d enthält – wie schon das alte Recht – kein Ablösungsverbot im Sinne des ehemaligen Artikels 318w des Konsumkreditgesetzes. Die Bestimmung schützt in erster Linie den seriösen Anbieter. Die Ablösung eines teureren Kleinkredits durch einen billigeren wird durch Artikel 4 Buchstabe d UWG nicht verunmöglich. Die Bestimmung hat für Kleinkreditverträge überhaupt nur dann eine Bedeutung, wenn vertraglich ein Widerrufsrecht eingeraumt wird. Gesetzlich besteht ein solches infolge des abgelehnten Konsumkreditgesetzes nicht. Die Kommission hat diesen Bericht der Verwaltung nicht diskutiert und folglich dazu auch keine Stellung bezogen.

M. Ledegerber présente au nom de la commission chargée de l'examen préalable le rapport écrit suivant:

1. Le 17 juin 1987, M. le député au Conseil des Etats Schönenberger présentait une initiative parlementaire visant la modification de la loi fédérale contre la concurrence déloyale (LCD) adoptée par les Chambres fédérales le 19 décembre 1986. Cette modification de la loi, entrée en vigueur entretemps, devrait exclure les petits crédits, ou les contrats de petit crédit, des dispositions légales particulières de la LCD traitant de la loyauté. L'auteur de l'initiative fait valoir que le rejet de la loi sur le crédit à la consommation (LCC) le 4 décembre 1986 rend également caduques les dispositions de la LCD élaborées en corrélation avec la LCC.

2. Le Conseil des Etats décidait le 8 octobre 1987 de donner suite à l'initiative; il approuvait le 15 mars 1988 la modification proposée de la loi, la majorité du Conseil des Etats se laissant guider par des considérations d'ordre juridique. La notion de «petit crédit» ne serait plus définie suite au rejet de la loi sur le crédit à la consommation. On ne saurait abandonner l'interprétation de cette notion aux tribunaux. Dans le sens d'une législation univoque, les petits crédits, ou les contrats de petit crédit, devraient disparaître de la LCD. Une minorité du Conseil des Etats a rejeté cette initiative pour des raisons politiques et économiques: dans un souci de protection non seulement du bénéficiaire d'un petit crédit, mais encore et surtout des concurrents sur ce marché, le petit crédit devrait nommément rester soumis aux dispositions en matière de loyauté, définies par la LCD et la clause générale de cette loi (art. 2).

3. La commission du Conseil national a délibéré de l'initiative lors de sa séance du 7 septembre 1988, et, partageant dans sa grande majorité les vues de la minorité du Conseil des Etats, a proposé sans opposition de ne pas entrer en matière. Eu égard aux problèmes sociaux liés au marché du petit crédit et tout en tenant compte du marché international, il est important de compléter la clause générale de la LCD par des lignes directrices en matière de loyauté et d'offrir ainsi au juge une base concrète d'interprétation. Une suppression ultérieure, telle que l'a décidée le Conseil des Etats, devrait être interprétée comme une lacune juridique voulue. La commission s'est rangée finalement à l'avis qu'il convenait de s'en tenir à une protection, aussi minime fût-elle, du bénéficiaire d'un petit crédit.

La commission a longuement discuté de la portée des dispositions visées par l'initiative, en particulier de l'article 3, lettre l et de l'article 4, lettre d. Elle a demandé à l'administration fédérale de fournir par écrit au conseil des explications y relatives. Le 14 septembre 1988, elle a reçu le rapport suivant:

31. Article 3, lettre l LCD

Cette disposition fixe les exigences auxquelles doit satisfaire une publicité loyale et transparente en matière d'opérations de petit crédit. Elle vise surtout à empêcher la publicité trompeuse qui donne des indications peu claires sur les conditions du crédit et le coût des intérêts. Les offres générales et les slogans vagues tendant à induire les clients en erreur doivent être jugulés. L'obligation de mentionner la charge des intérêts dans les annonces publiques (publicité

dans la presse, affiches, prospectus, spots publicitaires à la télévision etc.) ne signifie toutefois pas qu'il faut indiquer dans la publicité le taux d'intérêt, la durée du crédit, le coût remboursable des intérêts pour toute la palette des petits crédits. Il suffit de faire de la publicité en donnant des indications exemplaires, c'est-à-dire de présenter l'offre de petit crédit en donnant des indications correspondantes. L'intéressé doit pouvoir estimer à combien s'élève l'enchérissement de l'opération de crédit envisagée, sans avoir lui-même à faire des calculs.

Cette interprétation sert en outre de base à l'article 3, lettre k de la LCD, qui prévoit une réglementation analogue pour les opérations de vente par acomptes.

32. Article 3, lettre m LCD

Selon cette disposition, les formules de contrat destinées aux ventes par acomptes, aux ventes avec paiements préalables ou aux opérations de petit crédit ne doivent pas contenir des indications incomplètes ou inexactes. Il n'est pas nécessaire d'expliquer par le menu que les indications inexactes et, de ce fait, fallacieuses qui figurent dans les formules de contrat contreviennent aux règles de la bonne foi. La notion «indications incomplètes» signifie que la formule de contrat ne comporte pas tous les éléments essentiels tels que l'objet du contrat, le prix, les conditions de paiement et la durée du contrat.

Dans une formule de contrat relative à une vente par acomptes, il y a lieu en outre de mentionner le droit de révocation ancré dans la loi (art. 226c CO: délai de réflexion de cinq jours). Dans une formule de contrat relative à une vente avec paiements préalables, il convient d'indiquer, outre le droit de révocation, le droit de dénonciation du client prévu par la loi (art. 227f CO).

Etant donné qu'il n'existe aucun droit légal de révocation pour les opérations de petit crédit (cf. art. 318f de la loi sur le crédit à la consommation, qui a été rejetée), on satisfait aux exigences de l'article 3, lettre m de la LCD, si l'on se réfère au droit de révocation dans la formule de contrat relative au petit crédit (p. ex. en indiquant «pas de droit de révocation»). Il est cependant concevable qu'un droit de révocation soit convenu contractuellement.

33. Article 4, lettre d LCD

Cette disposition n'est rien d'autre qu'un cas d'application du principe général selon lequel agit de façon déloyale celui qui incite un acheteur à dénoncer un contrat pour pouvoir conclure lui-même un tel contrat avec ledit acheteur (cf. art. 4, let. a LCD). Le détournement de clients qui sont liés par contrat est également considéré, selon le Tribunal fédéral, comme infraction aux règles de la bonne foi (cf. jugement du 24 mars 1988, qui n'a pas encore été publié, de la Cour civile du Tribunal fédéral suisse en la cause Dior SA contre Import Parfümerien AG, p. 9). La résiliation légale de contrats de durée indéterminée ne peut toutefois pas être qualifiée de rupture de contrat.

La lettre d de l'article 4 de la LCD, qui se réfère aux opérations de vente par acomptes et de petit crédit, est donc l'expression concrète du principe général. Tout comme dans l'ancien droit applicable à la vente par acomptes (art. 1er, al. 2, let. k LCD), il doit dès lors être possible d'empêcher que l'on n'utilise abusivement, à des fins de concurrence, le droit de révocation prévu dans la loi ou le contrat en vue de protéger le preneur de crédit. Si la concurrence amène le preneur de crédit à révoquer le contrat dans le délai convenu, elle l'incite alors à rompre le contrat. Ce point de vue est également exprimé dans la doctrine (cf. Lukas David, Schweizerisches Wettbewerbsrecht, 2e éd., Berne 1988, p. 113) et peut être démontré à l'appui de l'interprétation historique (message du 26 janvier 1960 relatif à un projet de loi fédérale concernant la vente par acomptes et la vente avec paiements préalables, FF 1960 I 537 s.). On en trouve également confirmation dans l'arrêt du Tribunal fédéral précité (p. 10).

Tout comme dans l'ancien droit, l'article 4, lettre d, ne contient pas une interdiction d'amortir le solde résultant d'un contrat de petit crédit antérieur au sens de l'ancien article 318w de la loi sur le crédit à la consommation. Cette

disposition protège en premier lieu le vendeur sérieux. L'article 4, lettre d de la LCD ne rend pas impossible le remplacement d'un petit crédit cher par un autre meilleur marché. La disposition n'est en somme importante pour les contrats de petit crédit que lorsqu'un droit de révocation est stipulé dans le contrat. Un tel droit n'existe pas sur le plan légal, puisque la loi sur le crédit à la consommation a été rejetée. La commission n'a pas traité le rapport de l'administration; de ce fait, elle n'a pas donné son avis.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, auf die Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb nicht einzutreten.

Proposition de la commission

La commission propose à l'unanimité de ne pas entrer en matière sur la modification de la loi fédérale sur la concurrence déloyale.

Angenommen – Adopté

88.030

Informatikausbildung in der Schweiz

Formation à l'informatique en Suisse

Bericht des Bundesrates vom Oktober 1987
Rapport du Conseil fédéral, octobre 1987

Bezug bei der Dokumentationszentrale der Bundesversammlung
S'obtient auprès de la centrale de documentation de l'Assemblée fédérale

Herr Longet unterbreitet im Namen der Kommission für Wissenschaft und Forschung den folgenden schriftlichen Bericht:

In seinem Postulat vom 6. Juni 1985 (überwiesen am 26. September 1985) forderte Ständerat Gadiot angesichts der Tatsache, dass der Computer heute die meisten Bereiche der menschlichen Gesellschaft beeinflusse, eine gründliche Standortbestimmung – insbesondere als Grundlage eines koordinierten Aktionsprogramms auf allen Bildungsstufen. Kurz nach der Annahme des Postulates legte der Bundesrat die «Botschaft über Sondermassnahmen zugunsten der Ausbildung und Weiterbildung sowie der Forschung in der Informatik und den Ingenieurwissenschaften» vor, und im Juni 1986 genehmigten die beiden Räte auf Antrag des Bundesrates einen Betrag von über 200 Millionen Franken.

Der Bericht (88.030) des Bundesrates vom Oktober 1987 stellt dar, wie sich diese Massnahmen in den verschiedenen Unterrichtsbereichen ausgewirkt haben. Er enthält sowohl eine Aufnahme des Ist-Zustandes als auch Ausblicke auf die zukünftige Entwicklung in den einzelnen Ausbildungsbereichen. Er kommt zum Schluss, dass unsere Schulen auf allen Stufen die Herausforderung durch die Informatik bereits in grossem Ausmass aufgenommen haben, nachdem anfänglich – bedingt durch die föderalistische Struktur unseres Staates – das schweizerische Bildungswesen die rasche Entwicklung auf dem Gebiet der Informatik in unterschiedlichem Ausmass und zum Teil mit erheblichem Rückstand mitgemacht hat. Die Einführung der Informatik im Unterricht hat zwei Aspekte: die Verwendung von Mitteln der Informatik zu Unterrichtszwecken und die Ausbildung in der Informatik selbst. Auf beiden Ebenen muss Gewohntes geändert werden: Unterrichtsstil (Frontalunterricht) und Stundenplan (Aufteilung der Stunden auf die verschiedenen Fächer). In dieser Hinsicht stellt die neuliche Revision der MAV einen wichtigen Schritt dar. Ein grosses Problem ist die Herstel-

lung von Programmen für den informatikgestützten Unterricht. Dies gilt auch für den Hochschulbereich, in dem der Bundesrat eine fortdauernde Diskrepanz zwischen der Nachfrage der Studenten und dem Angebot feststellt. Im jetzigen Zeitpunkt könnte jedoch in keinem Ausbildungsbereich mehr von einem erheblichen Rückstand gesprochen werden, wenn auch noch manche Lücke zu füllen und regionale Unterschiede zu überbrücken seien. Besonderes Gewicht kommt deshalb der Förderung der interkantonalen und gesamtschweizerischen Koordination zu. Zentrale Bedeutung wird der Weiterbildung der Lehrkräfte aller Stufen und der Entwicklung neuer Lehrmittel beigemessen.

Im Bereich des beruflichen Unterrichts ist die Verantwortung gross: Die Fähigkeit, die Informatik zu verstehen und mit ihr umzugehen, spielt für die berufliche Qualifikation eine bedeutende Rolle und ist für die Arbeitnehmer ein Schlüssel zu beruflicher Mobilität. Dieser Problemkreis weist vor allem auf die Notwendigkeit hin, die Fortbildung zu verbessern. Der Bundesrat erwähnt auch Lücken in der Förderung der Berufsbildung (z. B. Nicht-Vollzug von Art. 36 BBG). Hingewiesen wird auch auf das ungenügende Informatik-Forschungsvolumen und die Lücken in der Forschungsinfrastruktur im Hochschulbereich. Bis heute konnte der Nachholbedarf an gut ausgebildeten Ingenieuren nicht gedeckt werden.

Die Kommission für Wissenschaft und Forschung nahm die Ueberweisung des Berichtes durch das Büro zum Anlass, sich anlässlich ihrer Sitzung vom 5. Mai 1988 von drei Experten ergänzend über die Informatikausbildung im Hochschulbereich, im sekundären Bildungsbereich und im Berufsbildungswesen orientieren zu lassen. Eingeladen wurden Professor Dr. Hansjürg Mey von der Universität Bern, Professor Dr. Reymond Morel vom Centre d'enseignement et d'apprentissage par ordinateur (Centre EAO du DIP) Genf und Dr. Rudolf Natsch, Vizedirektor des Biga (Abteilung Berufsbildung).

Uebereinstimmend wird die Weiter- und Fortbildung der Lehrkräfte auf allen Stufen als Hauptproblem hervorgehoben.

Laut Professor Morel hat sich der Graben zwischen Universitäts- und Nichtuniversitätskantonen im sekundären Bildungsbereich im Laufe der letzten Jahre vertieft; es kann sich nicht darum handeln, allein von den Kantonen zusätzliche Anstrengungen zu erhoffen. Erwartet werden Initiativen von seiten des Parlamentes und der Exekutive, weil die Kantone allein nicht in der Lage sind, alle mit der Informatikausbildung in der Schule verbundenen Probleme zu lösen. Es muss nach eigenen, für die Schweiz adäquaten Lösungen gesucht werden; es kann nicht genügen, diejenigen anderer Länder zu übernehmen. Ein finanzielles Engagement des Bundes wäre hier höchst erwünscht; es ist davon auch im Bericht des Bundesrates die Rede.

Professor Mey beurteilt den Informatik-Grundlagenunterricht qualitativ als dem internationalen Niveau entsprechend. Ungenügend ist jedoch das Angebot in den neuen Informatik-Teilbereichen; es fehlt an Dozenten und Forschung. Unter Berücksichtigung der weltweiten Entwicklung darf die Hochschul-Informatik nur noch unter gesamtschweizerischem Aspekt betrachtet werden. Sowohl Finanzen wie Fachleute sind rar. Die Mittel müssen optimal und deshalb koordiniert eingesetzt werden. Spezielle Informatikaufgaben können nicht dezentral gelöst werden. Ohne staatliche Mitträgerschaft kann der Ausbildungsauftrag im Interesse von Studierenden und Wirtschaft nicht erbracht werden. Die Hochschulausbildung und -forschung auf dem Gebiet der Informatik hat erst mit über 10jähriger Verspätung eingesetzt. Das direkte Engagement von Bundesstellen (BFK und BBW) hat es ermöglicht, den Anschluss einigermassen erfolgreich zu suchen.

Seit 1983 wird die Anschaffung von Informatikmaterial auf Berufsschulstufe durch den Bund subventioniert, was den eigentlichen Durchbruch bewirkte. Heute verfügen alle vom Biga betreuten rund 300 Berufsschulen über eine Informatikausstattung – wenn auch mit unterschiedlichem Standard (= regionale Ungleichgewichte).

Parlamentarische Initiative (Schönenberger) Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Teilrevision

**Initiative parlementaire (Schönenberger) Loi fédérale contre la concurrence déloyale.
Révision**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1989
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	87.226
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.03.1989 - 14:30
Date	
Data	
Seite	413-415
Page	
Pagina	
Ref. No	20 017 225